

**DIE JUNGEN
UNTERNEHMER**

ERSTE HILFE

#DETOX DEUTSCHLAND

100 Vorschläge

für einen erfolgreichen

Wirtschaftsstandort



LETZTER AUFRUF FÜR DIE ZUKUNFT

Der Staat muss uns Unternehmer wieder machen lassen. Er muss sich »entschlacken« – das heißt, er muss sich selbst beschränken und sich auf seine Kernkompetenzen konzentrieren. Denn immer mehr Regulierung, immer weiter steigende Kosten und ein ausufernder Sozialstaat führen nur zu einem schwächeren Wirtschaftsstandort. Der Staat soll sich um den Rahmen kümmern und die großen Baustellen bei Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur endlich angehen. Wir Unternehmer brauchen diesen Rahmen und genügend Freiraum, um erfolgreich wirtschaften zu können. Damit Deutschland nicht noch weiter absteigt, muss sich der kranke Mann Europas entschlackenden Reformen unterziehen: Mit Ehrgeiz bei längst überfälligen Strukturreformen, mit der Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben, mit Freiraum für alle diejenigen, die in diesem Land gestalten wollen und zu guter Letzt, mit Mut!

Deshalb haben **DIE JUNGEN UNTERNEHMER** 100 Vorschläge formuliert, wie unser Wirtschaftsstandort wieder gesunden kann. Wir wollen zeigen, wie Deutschland wieder fit gemacht werden kann. Denn eines ist sicher: Die globale Konkurrenz wartet nicht und ist schon längst losgelaufen, während die Politik noch chaotisch über die vermeintlich richtige Richtung diskutiert.

Zukunft ändert sich nicht durch Reden oder sich auf die Straße kleben, sondern durch konstruktives Tun. Dafür stehen wir.

KONTAKT

DIE JUNGEN UNTERNEHMER

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V.

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin | Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390

presse@familienunternehmer.eu | www.familienunternehmer.eu

Berlin, November 2023

www.junge-unternehmer.eu



#LasstUnsMachen

Die Mehrheit der Bürger übernimmt Verantwortung, will Eigenes schaffen und Wohlstand aufbauen. Der Staat sollte sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und Unternehmen und Bürger wirtschaften lassen.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern:



- 1.** **Unser Staat muss effizienter werden:** Es gibt ausreichend Beamte, sie müssen aber effizient eingesetzt werden. Statt tausende Beamte für die Bearbeitung von Zuwendungsbescheiden und Fördermaßnahmen abzustellen, brauchen wir mehr Kräfte an unseren Schulen, in der Planungsgenehmigung oder beim Grenzschutz. Im Zweifelsfall müssen Beamte auch wirklich in andere Stellen und Orte im Land versetzt werden, damit wir eine neue Dynamik in Deutschland bekommen.
- 2.** Einführung eines umfassenden **Bürokratie-Belastungsmoratoriums**, das die Bürokratie-Belastungen für die Unternehmen durch Gesetze auf europäischer Ebene, Bundesebene- sowie Länder- und kommunaler Ebene stoppt.
- 3.** Rasche Umsetzung der 442 Vorschläge von 57 Verbänden zum **Bürokratieabbau**, z.B. die Entschlackung des Lieferkettengesetzes mit Ausnahmen für kleine und mittelständische Unternehmen, die nur national agieren.
- 4.** Eine »**Bürokratie-Schutzglocke**« für kleine und mittelständische Unternehmen. Denn die Statistik-Anforderungen für KMU stehen in keinem Verhältnis mehr zu ihrer Größe. Ein Unternehmen mit 50 Angestellten darf nicht mit gleichen Berichtspflichten überhäuft werden wie große Konzerne, die dafür eigenes Personal finanzieren können.
- 5.** Kleinteilige Vorschriften sollten geprüft und vereinfacht werden, um so das **Dickicht des Regelschungels zu lichten**.
- 6.** Unternehmen sollten in ihren Erweiterungsvorhaben nicht blockiert werden. **Lösungsorientiertes Handeln** der Behörden ist gefragt.
- 7.** Eine **Staatsreform** mit dem Zweck einer **Neuverteilung föderaler Kompetenzen und Zuständigkeiten:** Für diese Föderalismusreform-III sollte eine überparteiliche und mit Fachleuten besetzte Kommission eingesetzt werden, die ein Governance-Konzept mit dem Ziel erarbeitet, die Digitalisierung einheitlich und schnell voran zutreiben.
- 8.** Eine **Verbeamtung** sollte es **nur noch in den hoheitlichen Kernaufgaben** des Staates geben. Beispielsweise sollten Lehrer ausschließlich angestellt und zudem leistungsorientiert bezahlt werden (aber dennoch eine sichere Job-Perspektive erhalten), anstatt durch die Verbeamtung ein »race-to-the-top« um die knappe Anzahl an Lehrern zwischen den Bundesländern auszulösen.
- 9.** **Regelmäßige Fortbildungen** für Angestellte des öffentlichen Dienstes sollten selbstverständlich sein, etwa verpflichtende Digitalfortbildungen.
- 10.** Leistungsanreize im Staatsdienst: Bei Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes sollten **Elemente einer leistungsorientierten Bezahlung** eingeführt werden.
- 11.** **Personalbremse in Behörden:** Bei jeder Neueinstellung muss eine alte Stelle gestrichen werden, es sei denn die Behörde kann gegenüber dem jeweiligen Rechnungshof begründen, wieso ein Stellenaufwuchs notwendig ist.
- 12.** Insbesondere das **Vergaberecht** und die **öffentliche Beschaffung** gehören auf den Prüfstand. Hier müssen die Verfahren durchgehend mit einer **bundesweit einheitlichen Plattform** digitalisiert werden. Bislang herrscht ein Nebeneinander von zahlreichen Vergabepattformen und analogen Anforderungen.



- 13.** **Behörden** sollten untereinander **besser digital vernetzt** werden, so dass sich wiederholende Angaben seitens der Unternehmen, zum Beispiel für die Mitteilung an das Transparenzregister, nicht nötig werden.
- 14.** Bestehende **Industriegebiet-Flächen** sollten als solche **belassen werden** und vor allem mittelständischen Unternehmen ermöglichen, dort neue Produktionsstandorte zu errichten, die klimaschonend und nachhaltig gestaltet werden.
- 15.** **Sunset-Legislation:** Gesetze gehören befristet, sodass der Staat gezwungen ist, für eine Verlängerung erst eine umfassende Evaluation durchzuführen. So könnten schlechte Gesetze entlarvt und rechtzeitig gestoppt werden.
- 16.** **One in – Two out:** Die Verpflichtung für jedes neue Gesetz und jede neue Regelung zwei alte Vorschriften zu streichen. Nur so kann es gelingen den Dschungel an Bürokratiewahnsinn langsam zu lichten.
- 17.** **Rechtsanspruch** auf digitale Verwaltungsleistungen ab 2024, **Streichung** des Schriftformerfordernisses und **Kürzung** der Aufbewahrungsfristen für Unterlagen.
- 18.** **Ein Unternehmerkonto – in ganz Deutschland!** Es muss Unternehmen ermöglicht werden, dass sie über ein einheitliches, digitales Konto mit den Behörden kommunizieren können – und zwar egal, in welchem Bundesland sie ihre verschiedenen Niederlassungen haben. Mit einem solchen »**Single Point of Contact**« zur Verwaltung sollten Unternehmen ihre zahlreichen Verwaltungsleistungen deutschlandweit mit nur einem Konto abwickeln können.
- 19.** Reform des Datenschutzes und Abschaffung der 17 Landesdatenschutzbeauftragten, die die DSGVO und das Bundesdatenschutzgesetz alle ganz unterschiedlich auslegen und so einen Flickenteppich alleine innerhalb Deutschlands schaffen: Rechtssicherheit und Bürokratieabbau durch eine **zentrale Datenschutzbehörde!**
- 20.** Fertigstellung des sogenannten **Onlinezugangsgesetzes 2.0** mit deutlichen Verbesserungen wie klaren Fristen und Zuständigkeiten.



#MindsetfürLeistung

**Es braucht mehr Netto vom Brutto,
damit jeder Eigenes schaffen kann statt
vom Staat abhängig zu sein. Arbeit
und Leistung müssen sich lohnen.**

DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern:



- 21.** Deutschland darf nicht weiter das Land mit der zweithöchsten Steuerbelastung auf Arbeitseinkommen sein. Um für Fachkräfte attraktiver zu werden, muss die **Belastung der Arbeitnehmer** auf ein wettbewerbsfähiges Niveau **gesenkt werden**. Dazu gehört der Abbau des Mittelstandsbauchs im Einkommensteuertarif und eine generelle Verschiebung des Tarifs nach rechts, damit der Spitzensteuersatz nicht die breite Mitte der Gesellschaft betrifft.
- 22.** **Begrenzung der Lohnnebenkosten:** Es braucht tiefgreifende Strukturreformen und die Erkenntnis, dass der Staat auch bei der sozialen Absicherung nicht alles leisten kann und Eigenverantwortung immer wichtiger wird. Denn die Kosten für den Faktor Arbeit laufen in Deutschland aus dem Ruder. Dies hat zur Folge, dass unser Wirtschaftsstandort für Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer teurer und unattraktiver wird.
- 23.** **Wettbewerbsfähige Bedingungen für Unternehmen:** Deutschland ist ein Höchststeuerland. Wenn wir ernsthaft im globalen Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen und Investitionen mitspielen wollen, muss die globale Steuerreform als Anlass genommen werden, um Investitionshemmnisse und Doppelbesteuerungen abzubauen.
- 24.** Deutschland ist ein Einwanderungsland. Um eine Überforderung des Sozialstaates zu vermeiden, müssen Strukturen geschaffen werden, die eine **Zuwanderung in den Arbeitsmarkt** begünstigen und eine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme möglichst verhindern.
- 25.** Insgesamt muss Deutschland **für Hochqualifizierte** aus dem Ausland **attraktiver werden**. Steuern und Abgaben müssen insgesamt sinken, die Kinderbetreuungsinfrastruktur muss ausgebaut und der Wohnungs- und Immobilienmarkt attraktiver werden.
- 26.** Um die Fähigkeiten von Menschen aus Drittstaaten für das neue Punktesystem zur Fachkräfteeinwanderung zu verbessern und zu fördern, sollte es **engere Kooperationen mit Drittstaaten** beim »Export« der **dualen Ausbildung** geben.
- 27.** Die **Goethe-Institute** im Ausland sollten finanziell besser ausgestattet und personell aufgestockt werden, um mehr Kurse zur Vermittlung der **deutschen Sprache** anbieten zu können.
- 28.** Darüber hinaus brauchen wir einen **»Verwaltungs-Turbo«!** Das liberalste Fachkräfteeinwanderungsgesetz nützt nichts, wenn die Verwaltungsverfahren bspw. bei der Visavergabe oder der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu lang dauern und potentielle Arbeitskräfte aus dem Ausland aufgrund dessen abspringen.
- 29.** In der Frage des Bürgergeldes ist es essentiell, das **Lohnabstandsgebot** einzuhalten, denn wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Wenn wir das in den Griff bekommen wollen, müssen bspw. die Sozialabgaben runter, der Staat greift den Arbeitnehmern viel zu tief in die Tasche. Auch muss Mehrarbeit stärker belohnt werden.
- 30.** Eine kumulierte **Unternehmensteuerbelastung von unter 25 Prozent:** Eine Möglichkeit hierfür wäre die Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf zehn Prozent, verbunden mit ähnlichen Entlastungen für Personengesellschaften.
- 31.** Die **Gewerbsteuer**, die zu einer kontinuierlich steigenden Belastung für Unternehmen führt, sollte bei der Körperschaftsteuer **Berücksichtigung finden**, ähnlich wie bei der Gewerbesteueranrechnung in der Einkommensteuer.



- 32.** Die vollständige **Abschaffung** des **Solidaritätszuschlags**.
- 33.** Eine klare **Absage an Substanzsteuerung!** Ob Erbschaft- oder Vermögensteuer – beide treffen das Betriebsvermögen von Familienunternehmen. Große globale Aktienkonzerne haben hier einen erheblichen Wettbewerbsvorteil – sie haben schlicht keine Erbfälle!
- 34.** Eine Steuerpolitik auf Rädern um die kalte Progression dauerhaft zu beenden: Wird die **Steuerpolitik automatisch an die Inflation angepasst**, ist dies nicht nur fair, sondern effizient – die Politik kann sich auf andere überfällige Reformdiskussionen zum Steuerrecht konzentrieren.
- 35.** Auch **Freibeträge, Freigrenzen** und **Pauschalen** sollten gesetzlich mit einer **Evaluierungsklausel** versehen und regelmäßig an die Preisentwicklung angepasst werden.
- 36.** Selbst vermeintlich kleinere Änderungen in Steuergesetzen sollten mit einer **Evaluierungsklausel** belegt werden. Nach einer vorher festgelegten Zeit sollten Änderungen hinterfragt und die im Gesetzgebungsprozess aufgestellten Berechnungen zu Bürokratiekosten für die Wirtschaft mit den tatsächlichen Kosten verglichen werden und die Arbeit des **Normenkontrollrats** so weiter aufgewertet werden.
- 37.** Die konsequente **Digitalisierung des Steuersystems**. Der Standard der Kommunikation zwischen Finanzamt und Unternehmen muss digital sein. Grundsätzlich sollten z.B. Steuerbescheide rein digital erfolgen – und nur im Ausnahmefall auf Papier. Das spart Geld und schont die Umwelt. Bescheidfluten nach Gerichtsurteilen, wie zuletzt zur Reform des Zinssatzes mit Kosten allein auf Verwaltungsseite von 7 Millionen Euro müssen der Vergangenheit angehören.
- 38.** Das Steuerrecht ist zu kompliziert, aber Start-ups machen vor, dass man die Erklärung auch verständlich und anwenderfreundlich erledigen kann. Der Staat muss diese Vorarbeiten nutzen und **Arbeitnehmern ermöglichen die Steuererklärung schnell und einfach** per Handy über eine rechtsichere und datenschutzkonforme App zu erledigen.
- 39.** **Steuerliche Förderung** von Investitionen in die **digitale und ökologische Transformation**. Politisch wurden diverse Investitionsfördermaßnahmen im Steuerrecht angekündigt, aber dann nicht umgesetzt. Deshalb fordern wir schnellstmögliche rechtliche Klarheit zur »**Superabschreibung**«. Investitionsprojekte mit einer schnelleren Abschreibung anzukurbeln ist der richtige Gedanke. Aber mit Ankündigungen können Unternehmer nicht planen.
- 40.** Eine verbesserte **Thesaurierungsbegünstigung**: Wer Gewinne im Unternehmen behält, um beispielsweise Investitionsrücklagen zu bilden, soll steuerlich bis zur Ausschüttung weniger belastet werden als bei einer sofortigen Gewinnausschüttung. Reformideen wie eine Anpassung der gesetzlich festgelegten Reihenfolge der Verwendung, die Einführung einer Prüfung zur Ermittlung des günstigeren Steuersatzes im Falle der Nachversteuerung entnommener Gewinne und die Anpassung des Steuersatzes für thesaurierte Gewinne, um eine ähnliche Belastung wie bei Kapitalgesellschaften zu erreichen, sollten umgesetzt werden.
- 41.** Die 2005 als vorübergehende Maßnahme eingeführte **Vorverlagerung der Abführung der Sozialversicherungsbeiträge** ist für die Unternehmen zu einer beständigen bürokratischen Belastung geworden. Seither muss die Lohnabrechnung für alle Mitarbeiter monatlich zweimal angepackt werden. Meldetermin und Fälligkeit sollten wieder auf die Mitte des Folgemonats zurückgelegt werden.



#LustaufWachstum

Nur mit Technologieoffenheit, Innovation und ohne ideologischen Scheuklappen werden wir den Weg zurück zu Wachstum schaffen.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern:



- 42.** **Wirkliche Technologieoffenheit.** Die Politik darf sich nicht anmaßen, die Zukunftstechnologien von morgen heute festschreiben zu können. Der Markt kann am besten entdecken, welche Innovationen die Besten und Effizientesten sind. Dem Staat kommt frei nach Ludwig Erhard die Rolle des Schiedsrichters zu, der den äußeren Rahmen des Spiels schafft sowie die Regeleinhaltung gewährleistet, nicht aber die Rolle als Mitspieler, der auf dem Feld steht und sich aktiv in die Spielzüge einmischt. Bezogen auf Innovation bedeutet es: Der Staat sorgt für eine digitale Verwaltung, Rechtssicherheit und universitäre Grundlagenforschung, die Wirtschaft hingegen verantwortet die eigentlichen Innovationen.
- 43.** Die **Innovations- und Digitalisierungspolitik** in Deutschland darf nicht weiter fragmentiert unternommen werden. Es braucht **klare Zuständigkeiten**, insbesondere auch in Themenfeldern wie Künstlicher Intelligenz. Eine Reform der Governancestrukturen ist unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalpolitik.
- 44.** Gerade die technologisch stark aufgestellten Familienunternehmen benötigen einen **zuverlässigen Rahmen** bei der digitalen Infrastruktur. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Know-How nicht durch staatliche Unachtsamkeit, wie z.B. durch den Einbau von IT-Bauteilen des chinesischen Konzerns Huawei, Wettbewerbern Preis gegeben wird.
- 45.** Wir brauchen einen abwägenden **Ordnungsrahmen für die Anwendung von Künstlicher Intelligenz**, der zwar Verbraucher schützt, aber gleichzeitig Innovation nicht abwürgt.
- 46.** Die Vollendung des **digitalen EU-Binnenmarktes** ist überfällig. Digitale Binnengrenzen sollten abgeschafft und die Datenfreizügigkeit innerhalb der EU erhöht werden. Wir brauchen eine echte Digitalunion, die es erlaubt, Geschäftsmodelle in der gesamten EU auszurollen und grenzüberschreitende Geschäfte zu vereinfachen. So geben wir Start-ups einen großen Schub.
- 47.** **Innovation durch Wettbewerb:** Staatlich regulierte Sektoren sollten geöffnet und Privatisierungen vorangetrieben werden.
- 48.** Deutschland braucht bundesweit einen **Mindeststandard für digitale Infrastruktur**. Dafür muss der Glasfaseranschlussausbaubeschleunigt werden.
- 49.** Die unzähligen **Beihilfen und Fördertöpfe** hierzulande sollten **abgebaut werden**, die Staatsbeteiligung z.B. an der Deutschen Telekom sollte zurückgeführt werden.
- 50.** Ein Anreiz, neue Mitarbeiter auch in unsicheren Zeiten einzustellen, lässt sich auch über eine **Reform des Kündigungsschutzgesetzes** herstellen. Da die überwiegende Mehrheit der heutigen Kündigungsschutzprozesse mit einem Vergleich enden, stellt sich die Frage, warum ein Abfindungsmodell nicht von vornherein im Kündigungsschutzgesetz implementiert werden soll. Dieses würde zu mehr Rechtssicherheit und zu einer größeren Transparenz für alle Beteiligten beitragen.
- 51.** **Mehrarbeit** sollte **steuerlich nicht zusätzlich belastet werden**. Die Fälle, neben dem Hauptjob (vor allem bei Teilzeit) noch einen Minijob auszuüben, liegen vor allem daran, dass ein zusätzlicher Minijob finanziell attraktiver ist als im Hauptjob die Wochenarbeitszeit zu erhöhen. Hier müssen wir ran.
- 52.** Die **Digitalisierung der Arbeitswelt** wird weiter voranschreiten. Hier gilt es, einen **realitätsnahen politischen Rahmen** zu setzen und auf zusätzliche Regulierungen beispielsweise beim Home-Office oder bei den Arbeitszeitrege-



lungen zu verzichten. Vielmehr sollte die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern geschätzte »Vertrauensarbeitszeit« erhalten bleiben und das Arbeitszeitgesetz flexibilisiert werden. Beispielsweise könnte die Tageshöchst Arbeitszeit auf eine Wochenhöchst Arbeitszeit umgestellt werden.

53. Das Nachweisgesetz ins digitale Zeitalter holen: Statt auf eine digitale Kommunikation zu setzen, wurde mit der Neuauflage des Nachweisgesetzes wieder auf altertümliche Methoden zurückgegriffen. Die schriftliche Dokumentierung führt zu einer Papierflut und trägt nicht zwangsläufig zu einem besseren Verständnis der Rahmenbedingungen des Arbeitsverhältnisses bei. Wir plädieren für eine digitale Dokumentation, denn der Ausschluss einer digitalen Form passt nicht ins heutige digitale Zeitalter.

54. Entbürokratisierung von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen: Aktuell können AUs sowohl elektronisch als auch in Papierform eingereicht werden. Der analoge Prozess wurde hier also nicht abgeschafft, sondern lediglich erweitert. Auch lassen sich Ärzte in der Praxis oft Zeit mit der Übermittlung, was mit einem erhöhten Arbeitsaufwand für die Personalabteilung einhergeht.

55. Abschaffung der A1-Bescheinigung: Touristisch zu reisen ist innerhalb der EU heute problemlos möglich – geschäftlich zu reisen dagegen nicht. Wer bei Geschäftsreisen ohne Sozialversicherungsnachweis unterwegs ist, verstößt gegen das Gesetz wonach die A1-Entsendebescheinigung bei beruflichen Einsätzen beantragt und mitgeführt werden muss.



#TempofürZukunft

Der Staat muss ein attraktives Umfeld für Unternehmen und Unternehmensgründungen schaffen. Und das in allen Bereichen: Bildung, Politik und Gesellschaft.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern:



- 56.** **Unternehmensgründungen müssen erleichtert werden:** Start-ups sollten schneller und ohne viel Verwaltungsaufwand gegründet werden können.
- 57.** **Der bürokratische Aufwand bei Gründungen muss reduziert werden:** Es kann nicht sein, dass es in Deutschland bis zu neun Anlaufstellen braucht, um ein Unternehmen zu gründen: Gewerbeamt, Finanzamt, Handelsregistereintrag, IHK, Berufsgenossenschaft, Arbeitsagentur und so weiter. Während man z.B. in Neuseeland in nur vier Stunden ein Unternehmen gründen kann, braucht man in Deutschland ganze acht Tage.
- 58.** Eine gute **digitale Infrastruktur ist die Schlüsselvoraussetzung** für zukunftsorientierte **Unternehmensgründungen**. Junge Leute werden sonst anderswo Unternehmen gründen und weiterführen, weil sie im deutschen Behörden-Dschungel kein Durchkommen sehen. Formulare von einer Behörde zur nächsten zu tragen, darf in Zukunft keine Option mehr sein.
- 59.** Wir brauchen ein **Gründer-Mindset** in unserer Gesellschaft! Für einen starken Standort Deutschland benötigen wir nicht nur eine offene Kultur gegenüber digitalen Technologien, sondern auch eine viel offenere Kultur gegenüber Gründungen – wir müssen ein echtes Gründer-Mindset etablieren. Ziel muss sein, dass jeder erst Chancen statt Risiken sieht und wir eine offene, zukunftsorientierte Gesellschaft werden, die zu Unternehmensgründungen ermutigt.
- 60.** **Start-ups benötigen Kapital.** Staatliche Aufgabe sollte dabei nicht in Markt-eingriffen und direkten Finanzhilfen liegen als vielmehr in der Schaffung eines günstigen Umfelds, sodass sich ein tragfähiges Ökosystem aus Start-ups, Risikokapitalgebern, Business Angels und dem Mittelstand entwickeln kann. Grundlegende Maßnahmen für eine bessere Kapitalversorgung sind unter anderem eine Stärkung der Anlegerkultur und der Mitarbeiterbeteiligung, die Beendigung der steuerlichen Diskriminierung von Eigenkapital, die Verbesserung der Chancen für Start-ups bei öffentlichen Ausschreibungen sowie die Förderung universitärer Ausgründungen.
- 61.** Die Unlust zu Gründen hängt neben der Bürokratie v.a. mit dem verheerenden Bild zusammen, das an Schulen vom Unternehmertum gezeichnet wird. Hier müsste eigentlich ein realistisches Bild gezeigt und sogar **für das Unternehmertum geworben werden**. Eine Marktwirtschaft braucht (neue) Unternehmer!
- 62.** Schülern muss **mehr Wissen über unsere Marktwirtschaft und das Unternehmertum** vermittelt werden. Wir müssen ihnen einen Werkzeugkoffer an die Hand geben, um später selbst einmal ein Unternehmen gründen zu können. Denn mit dem Schritt in die unternehmerische Verantwortung eröffnen sich viele neue Perspektiven.
- 63.** Schülern fehlt Wissen über wirtschaftliche Abläufe. Deswegen fordern DIE JUNGEN UNTERNEHMER die **flächendeckende Einrichtung eines Faches Wirtschaft** an allen weiterführenden Schulen in allen Bundesländern.
- 64.** Um Schüler für Ausbildung und Beruf fit zu machen, sollte in Schulen stärker auf die Vermittlung von **Grundkenntnissen in Mathe und Deutsch sowie auf MINT-Fächer** gelegt werden.
- 65.** Wir brauchen eine **neue Verteilung der staatlichen Mittel** für Bildung. Es ist höchste Zeit mehr **in Kindergärten und Schulen zu investieren** – statt vorrangig in immer mehr Studiengänge, die uns volkswirtschaftlich nicht weiterbringen. Warum bekommen diejenigen, die mit ihrem Studienabschluss ein höheres Gehalt erzielen können, das ganze Studium umsonst? Und warum müssen hingegen die anderen, die eine berufliche Ausbildung wählen, über ihre Steuern noch die Studenten mitfinanzieren? Die universitäre Ausbildung könnte über Studiengebühren abgedeckt werden.



- 66.** **Der Lehrerberuf muss so attraktiv werden**, dass die guten Schulabsolventen in die Lehramtsstudiengänge gehen wollen. Als Sofortmaßnahme sollten daher die Lehrer von möglichst vielen Aufgaben befreit sein, die nichts mit der eigentlichen Lehre zu tun haben. Schulsozialarbeiter und Verwaltungskräfte sollten so schnell wie möglich in die Schulen integriert werden, so dass sich die Lehrer auf den eigentlichen Unterricht konzentrieren können.
- 67.** Langfristig muss der Lehrerberuf attraktiv gehalten werden, was – nach Aussagen der Lehrkräfte – nicht zwangsläufig mit der Bezahlung zusammenhängt, sondern mit den sonstigen Konditionen. Auch hier spielt die **Fokussierung auf die Lehrtätigkeit** eine Rolle, da Lehrer häufig von fachfremden Aufgaben überlastet werden. Zudem benötigen Lehrer mehr Freiraum sich in ihrem gesamten Berufsleben fortzubilden und weiterzuentwickeln.
- 68.** Um mehr **Einblicke in das Berufsleben** zu bekommen, sollten Lehrer an weiterführenden Schulen nicht nur in ihrem Studium **mehr Praxisorientierung** erhalten: Sie müssen etwas davon verstehen, was auf ihre Schüler im Berufsleben zukommen wird.
- 69.** **Die Qualität der Bildung muss in den Fokus.** Der Wettbewerb durch die föderalen Strukturen im Bildungssystem muss nicht schlecht sein, im Gegenteil können so die Systeme identifiziert werden, die gut funktionieren. Wichtig ist es, eine Vergleichbarkeit durch regelmäßige bundesweit einheitliche Vergleichsarbeiten herzustellen und die Ergebnisse – bis auf die Schulebene heruntergebrochen – der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.
- 70.** Schulen müssen in die Lage versetzt werden, frei zu handeln. Die Schulen, Direktoren und Lehrkräfte vor Ort wissen oft am besten, welche Maßnahmen geboten sind. Sie sollten **von einengenden Regularien und Schulbürokratie befreit werden** und frei entscheiden können, wie sie agieren und sich an die Erfordernisse anpassen.
- 71.** Eine Stärkung des Lehrerberufs und der (zeitlichen) Spielräume des Lehrers Schüler individueller zu betreuen und ihre Schwächen gezielter zu verbessern, hat eine **doppelte Dividende**: Erstens hilft es jungen Menschen **zu einem guten Leben zu gelangen**, indem sie in den Arbeitsmarkt integriert werden. Und zweitens ist ein solches **inkludierendes Bildungssystem** Kernbestandteil eines Einwanderungslandes – wo sonst, wenn nicht an Schulen sollen die gemeinsame Sprache und gemeinsame Werte verbindlich vermittelt werden?
- 72.** **Die Digitalisierung der Schulen ist überfällig.** Ein Digitalisierungsschub sollte sowohl für die Infrastruktur kommen – also dem Ausbau der Breitbandanbindung von Schulen sowie Endgeräten für Lehrer und Schüler – als auch für den Lehrplan, der die Schlüsselqualifikationen IT und den Umgang mit modernen Medien viel stärker in den Vordergrund rücken muss.
- 73.** **Überzogener Datenschutz** verhindert die Nutzung von Videotools und erschwert somit den Fernunterricht massiv. Bei den digitalen Lern- und Bildungsplattformen kocht jedes Bundesland sein eigenes Süppchen, ohne dass dies zu besonders guten Softwarelösungen führt. Nötig ist ein grundsätzliches Umdenken der Bildungspolitik und eine Reform des gesamten (föderalen) Bildungssystems.



#EinstarkesEuropa

Damit Europa im internationalen Wettbewerb mithalten kann, muss die EU sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Unser Credo: Von Freihandel und Globalisierung können alle profitieren.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern:



- 74.** Die EU muss den Menschen und den Unternehmen dienen und nicht andersherum! Die Europäische Union hätte mit der Erfüllung ihrer Kernaufgaben schon genug zu tun, etwa der Verwirklichung eines digitalen Binnenmarktes, der Sicherung der Außengrenzen, der Schaffung einer Kapitalmarkt- und Bankenunion und dem schnellen Abschluss von Handelsverträgen. **Die EU braucht einen Restart ihrer Arbeitsschwerpunkte!**
- 75.** Mehr Freihandel wagen und Europa als Wohlstandsschaffendes Projekt stärken: Nicht zuletzt die Corona-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben gezeigt: Der Weg zum Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung führt über ein handlungsfähiges und starkes Europa. Wir brauchen eine Europäische Union, die auf die Kraft des Wettbewerbs, der Marktwirtschaft und des Binnenmarkts setzt, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.
- 76.** Wir brauchen eine liberale und zukunfts zugewandte Weltordnung mehr denn je! Die Europäische Union sollte als Chance begriffen werden, die wirtschaftliche Integration zu vertiefen und die Innovationskräfte, die im innereuropäischen Systemwettbewerb und der Vielfalt begründet liegen, zu entfesseln. Hingegen darf die EU nicht weiter den Pfad zu einer Transfer- und Schuldenunion gehen.
- 77.** Das europäische Beihilfenrecht sollte gestärkt statt geschwächt werden, um so faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.
- 78.** Deutschland als exportorientiertes Land braucht offene und faire Handelsbeziehungen. Aus diesem Grund müssen wir auf europäischer Ebene mehr unternehmen, um die internationale Zusammenarbeit und multilaterale Organisationen zu stärken, insbesondere die WTO wiederzubeleben und zum Instrument gegen unfaire Handelspraktiken und Protektionismus zu machen, sowie Handelsabkommen, v.a. ein Transatlantisches Freihandelsabkommen, zum Abschluss zu bringen.
- 79.** Die Führerschaft bei vielen wichtigen Zukunftstechnologien ist nur zusammen mit dem europäischen Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft zu erreichen. Deshalb müssen wir in der EU konsequent um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für europäische Mittelständler kämpfen. Die richtigen Maßnahmen dafür sind marktwirtschaftlich orientiert, z.B. der Abbau von Bürokratie und Vereinfachung von Prozessen, die Diversifizierung von Lieferbeziehungen, Technologieoffenheit und die Ankurbelung von Investitionen.
- 80.** Die staatlich gelenkten Subventionen, Vorgaben und Quoten im Bereich des Green Deals zum Nutzen einiger großer Anbieter machen Europa mittelfristig lahm und träge. Die notwendige Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit Europas ist nur im Rahmen eines multilateralen WTO-basierten Freihandels nachhaltig zu erreichen.
- 81.** Die EU muss mit Nachdruck freien und regelbasierten Handel nach vorne bringen, um stabile Lieferketten und vorteilhafte Marktzugänge weltweit zu sichern und um Wirtschaftsmächten wie China souverän begegnen zu können. Dazu braucht es ein ausdifferenziertes System von Freihandelsabkommen der EU, die neben laufenden Verhandlungen vor allem eine bessere Zusammenarbeit mit den USA vorantreiben muss. Nur im Schulterschluss mit unseren internationalen Partnern kann die EU im Weltmaßstab etwas bewirken.
- 82.** Die Grundlage für ein starkes Europa, das sowohl nach innen als auch nach außen handlungsfähig bleibt, liegt auch zukünftig in einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik. Die Mitgliedstaaten müssen zu nachhaltigen stabilen öffentlichen Finanzen zurückkehren. Dafür muss der Stabilitäts- und Wachstums-pakt mit klaren Regeln ausgestattet werden, die aufbauend auf der finanziellen Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten überprüf- und sanktionierbare Grenzen zum Wohle aller setzen.



#NachhaltigChancenSchaffen

**Ein Generationengerechter Haushalt,
ein faires und zukunftsfähiges
Sozialsystem und Klimaschutz müssen
zusammen gedacht werden.**

DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern:



- 83.** Wir wollen künftigen Generationen Wohlstand und eine lebenswerte Zukunft hinterlassen und keinen Scherbenhaufen aus Deindustrialisierung, Schuldenbergen, bankrotten Sozialsystemen und ungebremster Erderwärmung. **Nachhaltigkeit** hat damit nicht nur den ökologischen Aspekt, sondern muss **auch finanziell und im Sinne der Generationengerechtigkeit gedacht** werden.
- 84.** Es ist wichtig, dass wir in Deutschland weiterhin unserer Vorreiter-Rolle gerecht werden, allerdings nicht auf Kosten der Wirtschaft. **Wer wirklich Klimaschutz will, der muss auf den Markt setzen** und nicht auf staatliche Lenkung! Tempolimit und das Verbot von Fleisch ist eine reine Klientelpolitik für die grüne Wählerschaft – dem Klima hilft es nicht wirklich.
- 85.** Auch bei der **Klimapolitik braucht es mehr Markt statt Staat**: Es geht nicht mehr um die Frage, OB man Klimaschutz betreiben muss, sondern WIE. Für den Durchbruch in eine klimagerechte Zukunft brauchen wir den **Emissionshandel**. Durch ihn bekommen Unternehmer europa- und hoffentlich auch weltweit einen Anreiz, nach dem effizientesten Weg des Klimaschutzes zu suchen – technologieoffen und wettbewerbsorientiert. Das Klimaschutzziel wird durch die degressive Ausgabe von Emissionszertifikaten bis auf Null garantiert.
- 86.** Es ist **keine Lösung**, Energiekosten für **ausgewählte Industrieunternehmen** zu subventionieren und gleichzeitig die Subventionskosten auf alle Energieverbraucher abzuwälzen.
- 87.** Energiekosten sollten durch **Ausweitung des Angebots** gesenkt werden, d.h. Kernkraftwerke müssen wieder reaktiviert werden (zumindest so lange bis die Erneuerbaren Energien ausreichend ausgebaut sind).
- 88.** **Verzerrende Subventionen** im Energiebereich sollten **abgebaut** werden.
- 89.** **Freie Verträge** zwischen Anbietern und Nachfragern, statt staatliche Preis Eingriffe.
- 90.** **Nachhaltige Haushaltspolitik**: Wir haben kein Einnahmenproblem, sondern die Ausgabenlust der Politik ist das eigentliche Übel. Je höher die Steuern und je höher die Einnahmen, desto höher die Begehrlichkeiten! Deutschland muss lernen mit dem zurecht zu kommen, was es erwirtschaftet.
- 91.** Zukunftsinvestitionen und solide, nachhaltige Finanzen sind keine Gegensätze! Es kommt aber auf die Ausgabenprioritäten an: Weniger konsumptive Ausgaben durch Wahlkampfgeschenke, mehr für Investitionen in Bildung und die Infrastruktur. Um dies zu kontrollieren, brauchen wir die **Schuldenbremse**.
- 92.** Damit die junge Generation nicht von neuen Schuldenlasten erdrückt wird, ist eine schnellstmögliche Rückkehr zur grundgesetzlich vorgesehenen Schuldenbremse obligatorisch. Begleitet werden muss dies durch eine strikte Ausgabenkritik: **Alle Ausgaben, die nicht in die Zukunft investiert werden, müssen auf den Prüfstand!**
- 93.** **Weg von der Gießkanne!** Um die ausufernden Kosten des Sozialstaates in den Griff zu bekommen, zählt für uns die strikte Einhaltung des Prinzips »keine Leistung ohne Gegenleistung« sowie die Rückkehr zu einer zielorientierten und an der Bedürftigkeit ausgerichteten Sozialpolitik.
- 94.** Bei der sozialen Absicherung muss die **Eigenverantwortung stärker in den Fokus** rücken, statt umfassender staatlicher Umsorgung (gilt sowohl für die Altersvorsorge als auch für Krankenversorgung und Pflege).



- 95.** Auch sollte das **Prinzip der Prävention** mehr in den Vordergrund treten (insbesondere bei Pflege und Krankheit).
- 96.** Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Sozialversicherungssysteme generationengerechter zu gestalten, müssen **Frühverrentungsprogramme** wie die Rente ab 63 **abgeschafft** und die **Rente mit 67** konsequent **umgesetzt** werden.
- 97.** Länger leben – mehr Zeit für den Ruhestand, aber auch länger arbeiten: Das gesetzliche **Renteneintrittsalter ist perspektivisch an die Lebenserwartung** zu koppeln. Drei Jahre länger leben sollen in zwei Jahre länger arbeiten und ein Jahr mehr Ruhestand aufgeteilt werden.
- 98.** **Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz.** Die Generationengerechtigkeit muss institutionell gestärkt werden. Politische Vorhaben müssen sich daran messen lassen, ob sie Belastungen für die zukünftigen Generationen darstellen.
- 99.** Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu einer zeitlich **vorverlagerten Klagebefugnis** gegen eine – womöglich – unzureichende Klimapolitik sollte auch auf **Fragen des Sozialversicherungsrechts** übertragen werden. Wenn sogenannte »Kippunkte« erreicht zu werden drohen, dann müssen (junge) Bürger auch schon in der Gegenwart klagen dürfen, selbst wenn das Weltklima oder aber eben z.B. auch Rentenversicherungssysteme erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt zu kollabieren drohen.

100. Anpacken statt
nur darüber reden!
#LasstUnsMachen.



www.junge-unternehmer.eu

